

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verkaufsstelle u. Verteilung: Drag II, Nefasova 15 • Teleph.: 20705, 31400, 30690, 30700, 33555 • Postamt: 37544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

12. Jahrgang.

Freitag, 3. Juni 1932

Nr. 131.

Das Reichskabinet vollst. d. g.

Berlin, 2. Juni. Heute erfolgte die angekündigte Ergänzung des Reichskabinetts durch die Ernennung des Vizepräsidenten Freiherrn von Kautz zum Außenminister, des Ministerialdirektors Grafen Schwerin-Krosigk zum Reichsfinanzminister, des bayerischen Justizministers Dr. Gürtner zum Reichsjustizminister. Mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsarbeitsministeriums wurde vorläufig Wirtschaftsminister Dr. Warmbold betraut.

Die neue Regierung wurde gegen Abend vom Reichspräsidenten vereidigt und hat anschließend daran seine erste Sitzung abgehalten.

Bei der Besetzung des Finanzministeriums hatte sich der Reichskanzler erst vergeblich an eine ganze Reihe von „Wirtschaftsführern“ wie den Versicherungsdirektor Schmitt, den Geheimrat Schmitt von den N. W. Karden, den Generaldirektor des Kalihandels Diehl gewendet, die aber alle ablehnten, um nicht ihre viel fetteren Pflichten in der Privatwirtschaft aufgeben zu müssen. Erst dann kam schließlich Graf Schwerin an die Reihe.

Der neue Kanzler hat sich heute bei einem Presseempfang der Öffentlichkeit in einer längeren Rede vorgestellt, worin er über Brünings Ausscheiden ausgiebige Arokolbilstränen vergoß und viel von der Zusammenfassung aller nationalen Kräfte sprach, aus welchem Lager immer sie kommen mögen.

Neuwahlen schon Ende Juni?

Die Absage des Zentrums hat die parlamentarischen Aussichten des neuen Kabinetts vollendete gemacht. Man nimmt an, daß sich Papen erst gar nicht dem Reichstag vorstellen, sondern ihn in den nächsten Tagen auflösen wird. Nach der gut unterrichteten „Vorzeitung“ wird als Termin für die Neuwahlen etwa der 26. Juni genannt, andere Blätter nennen den 3. oder 10. Juli.

Bereitschaft Amerikas zur Teilnahme an einer Weltwirtschaftskonferenz.

Washington, 2. Juni. (Reuter.) Das Staatsdepartement erklärt, daß die Vereinigten Staaten beschließen hätten, an der Konferenz von London teilzunehmen, bei welcher über eine Verbesserung der Weltwirtschaftsbedingungen beraten werden würde, in dem Falle als auf dieser Konferenz sämtliche Delegierten, die an der Konferenz von Lausanne teilgenommen, sich einfinden werden.

Bajonettangriff der Gendarmerie — diesmal in Oesterreich.

Wien, 2. Juni. In Eggenberg bei Graz hatten für heute abends die Falkenkreuzer eine Verlesung einberufen, zu der auch die Sozialdemokraten eingeladen waren. Um Zusammenstöße vorzubeugen, wurde eine Kompanie Gendarmen mit zwei Maschinengewehren nach Eggenberg beordert, die das Versammlungslokal mit spanischen Reitern abperrten und nur einen kleinen Zugang freiließen, an dem die Teilnehmer einzeln genau nach Waffen durchsucht wurden.

Als der Saal voll war und niemand mehr hereinlassen wurde, kam noch eine Gruppe Nationalsozialisten anmarschiert. Die vor dem Lokal angehaltenen Leute wollten nun zugleich mit den Nationalsozialisten die angelegten Hindernisse fürchten, um doch noch in den Saal zu gelangen. Die Gendarmerie ging jedoch nicht darauf ein, wobei ein Bakentrußer und zwei Sozialdemokraten durch Bajonettschläge verletzt wurden. Die Versammlung verlief ruhig.

Liquidierung der Kreditanstalt?

Wien, 2. Juni. Wie das „Erzabblatt“, das dem Landbund nahesteht, meldet, ist in den Verhandlungen der Regierung mit den Gläubigern der Kreditanstalt wegen der übertriebenen Forderungen der Gläubiger eine kritische Wendung eingetreten. Die Nachricht des Blattes, daß die Regierung an die Liquidierung der Kreditanstalt denke, wird jedoch spät nachts amtlich demontiert.

Die Wohnungsvorlage aufgelegt.

Mieterschutz bis 1942, bezw. 1946. — Zinserhöhungen für Minderbemittelte nicht vor 1936.

Prag, 2. Juni. Wie nach der gestrigen Sitzung des Ministerrates zu erwarten war, wurde heute eine Reihe von Regierungsvorlagen, die zum Teil schon seit vielen Monaten Gegenstand interner Beratungen und in diesen hart umstritten waren, dem Parlament vorgelegt. Es handelt sich vor allem um die Wohnungsvorlage, deren Bedeutung für die Arbeiterschaft wie an anderer Stelle ausführlich darlegen, um die drei Kreditvorlagen und die Eistierung der Einfuhrzölle.

In der heutigen Sitzung der politischen Minister wurde auch noch der viel umstrittene Krisenbeitrag für die Arbeitslosenhilfe und die Verlängerung der staatlichen Exportkredite fertiggestellt; diese Vorlagen werden in der morgigen Sitzung des Parlamentes aufgelegt werden.

Die Beratung der Wohnungsvorlage soll bereits morgen im sozialpolitischen Ausschuss ausgenommen werden. Aller Voraussicht nach werden sich vor allem um diese Vorlage in den Ausschüssen noch harte Kämpfe entspinnen, da namentlich Nationaldemokraten und Agrarier ihr alles andere als günstig gegenüberstehen.

Das neue Wohnungsgesetz.

Die Wohnungsvorlage, die den ganzen Fragenkomplex der Wohnungsfürsorge regelt, besteht aus 14 Hauptstücken.

Nach dem ersten Hauptstück kann das Ministerium für soziale Fürsorge den größeren Gemeinden auftragen, den Wohnungsbedarf festzustellen. Alle Gemeinden haben das Recht, den Wohnungsbedarf auch ohne Anordnung des Fürsorgeministeriums festzustellen.

Nach dem zweiten Hauptstück können die Gemeinden eigene unentgeltliche Wohnungsvermittlungsinstitute errichten. In diesem Falle sind die Hauseigentümer verpflichtet, bei dieser Wohnungsvermittlungsinstitute Wohnungen und Räume abzugeben, auf die sich die Vermittlung bezieht, an- und abzugeben; es bleibt ihnen aber das Recht gewahrt, die Wohnungen nach freier Wahl zu vermieten. Auch Wohnungen, die durch private Wohnungskanzleien vermittelt wurden, müssen angemeldet werden.

Das dritte Hauptstück gibt den Gemeinden das Recht, eine Wohnungsaufsicht einzuführen, die den Zweck hat, auf die Beseitigung baulicher Mängel sowie solcher Mängel hinzuwirken, die in der unrichtigen oder ungenügenden Wohnungsbenußung beruhen. Auf diese Weise können die Gemeinden nicht nur zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, sondern auch zur Erhaltung der alten Häuser beitragen.

Das vierte Hauptstück enthält Bestimmungen über die Bauförderung; dadurch soll erreicht werden, daß die nötige Anzahl neuer Wohnungen erstellt wird, die den neuzeitlichen Bedürfnissen der unbedeutenden Bevölkerung entsprechen.

Die Unterstützung der Baubewegung erfolgt einerseits direkt, andererseits indirekt. Die indirekte Unterstützung liegt in der leichteren Beförderung von Bauplänen, in Bau- und Gebäurebegünstigungen, sowie auch in der Institution der Lohnschlichtergerichte. Die Bestimmungen über die Enteignung von Grundstücken für Bauzwecke übernimmt die Vorlage aus dem bisherigen Gesetz im allgemeinen ohne Änderung. Nur für Prag und andere Großstädte bringt die Vorlage gewisse Ausnahmeverfügungen als Vorbeugungsmittel gegen Grundstückspekulationen.

Die bisherige Befreiung der Neubauten von der Haussteuer bleibt für Bauten aufrecht, die bis Ende 1934 vollendet werden. Für bis zum Jahre 1935 und später fertiggestellte Bauten wird die Steuerbefreiung bis Ende 1940 für je zwei aufeinanderfolgende Jahre, später alljährlich immer um je ein Jahr verkürzt, bis die Steuerbefreiung das im Gesetz über die direkten Steuern vorgesehene normale Maß erreicht. Nur Kleinwohnungsbauten, die von öffentlich-rechtlichen Korporationen oder gemeinnützigen Baugenossenschaften durchgeführt werden, sollen ihnen die Unterstützung nach dem neuen Gesetz zuerkannt werden, eine 25jährige Befreiung von der Haussteuer bis Ende 1942 genießen. Die bisherige Befreiung der Neubauten von der Mietzinsabgabe auf die Dauer von 10 oder 20 Jahren läßt die Vorlage für Bauten, die bis 1934 beendet werden, in Geltung. Dagegen übernimmt die Vorlage nicht die Bestimmungen über die Befreiung von Grundstücksübertragungen, die nach dem Jahre 1931 verpfändet wurden, von der Wertzuwachssteuer. Entgeltliche Übertragungen unentbaute Grundstücke an öffentlich-rechtliche Korporationen und an gemeinnützige Baugenossenschaften sind unter gewissen Bedingungen von der Hälfte der Übertragungsgebühr befreit.

Die direkte Unterstützung der Baubewegung soll nach der Vorlage nur dem durch das Gesetz

1922 errichteten Staatlichen Wohnungsfonds zufließen, den die Vorlage weiter ausbaut. Eine Kredithilfe in Form einer Fondsgarantie kann für den Bau von Häusern mit Kleinwohnungen erteilt werden, während alle anderen Arten der finanziellen Unterstützung nur für den Bau von Häusern mit Kleinwohnungen für arme Familien möglich sind.

Der Mieterschutz.

Das fünfte Hauptstück, das über den Mieterschutz handelt, regelt die allgemein zulässige Zinserhöhung derart, daß mit Beginn des Jahres 1933 der Zins jährlich um 40 Prozent des Grundzinses erhöht werden kann, aber nur für jene Mieter, deren steuerpflichtiges Einkommen je nach der Zahl der Personen, für deren Unterhalt sie auskommen verpflichtet sind, 20.000 bis 40.000 K übersteigt.

Die Grenze von 20.000 K gilt für Mieter, die für keine andere Person zu sorgen haben, und wird für jede weitere Person um 5000 K erhöht; die Grenze von 40.000 K gilt dann für Mieter, die (außer für sich) für vier oder mehr Personen aufzukommen haben.

Für die übrigen Mieter tritt diese Zinserhöhung erst mit 1. Jänner 1936 in Kraft; durch Regierungsverordnung kann diese Frist, falls sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bessern, noch um ein weiteres Jahr hinausgeschoben werden.

Die Zinserhöhung ist nur insoweit zulässig, als der Zins nicht das Sechsfache der Friedenshöhe erreicht.

Die Bestimmungen über die Kündigung von Mietverträgen sind bis auf einige kleinere Änderungen aus dem bisher geltenden Gesetz übernommen.

Die Frist für den Abzug des Mieterschutzes ist allgemein auf den 31. Dezember 1942 festgelegt. Für Mieter mit einem geringeren Einkommen als 20.000 K bis 40.000 K (je nach der Familienzahl) endet der Mieterschutz erst mit 31. Dezember 1946. Durch Regierungsverordnung kann der Mieterschutz noch um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Die Hauptstücke sechs und sieben über den Aufschub der exekutiven Räumung von Wohnungen und über die außerordentlichen Maßnahmen der Wohnungsfürsorge behalten ohne bedeutendere Änderungen den bisherigen gesetzlichen Zustand bei und sollen nach ein Jahr länger gelten als die Bestimmungen über den Mieterschutz.

Baubeltrag.

Die finanziellen Mittel für die durch den Staatlichen Wohnungsfonds gewährten Unterstüßungen sollen vor allem durch einen Baubeltrag herbeigeführt werden.

Nach den Bestimmungen des achten Hauptstückes ist der Eigentümer eines alten Hauses verpflichtet, falls der Zinsbetrag seines Hauses das Vierfache des Grundmietzinses übersteigt, aus diesem höheren Ertrag einen Baubeltrag zu bezahlen. Die Grundlage für die Bemessung des Baubeltrages ist der verbleibende Zinsbetrag nach Abrechnung des vierfachen Grundmietzinses. Der Steuerbetrag beträgt fünf Prozent und steigt für jede weiteren 20 Prozent des Grundmietzinses progressiv um je fünf Prozent. Der Baubeltrag darf nicht auf die Mieter überwälzt werden.

Ein Teil des Ertrages des Baubeltrages kann zu Zuschüssen an die Eigentümer alter Häuser benutzt werden, falls deren Gesamtmietsatz aus dem Haus nicht einmal 20 Prozent des Grundmietzinses erreicht.

Regreß.

Das neunste Hauptstück bringt endlich die schon längst nötige Regelung des Regreßes, zu dem die (Fortsetzung auf Seite 2)

Das Parlament der Verbraucher

Heute beginnen in Prag Beratungen der Genossenschaften, die auch das Interesse unserer Partei in bedeutendem Maße in Anspruch nehmen: Vormittags sind die weiblichen Delegierten versammelt, nachmittags und morgens wird der Verbandstag der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften beraten und Sonntag findet die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft statt.

So wie der am Mittwoch beendigte Gewerkschaftskongress unter dem Eindruck der schweren Wirtschaftskrise stand, so werden auch die Vertreter unserer Konsumvereine sich vor allem die Frage vorlegen müssen, wie die bisherige Entwicklung der Krise auf die Genossenschaften eingewirkt hat und wie sich in Zukunft das Schicksal der Genossenschaften gestalten wird. Die katastrophale Verwüstung der Wirtschaft und die Schrumpfung der Kaufkraft konnten auf die Konsumgenossenschaften nicht ohne Wirkung bleiben, zumal unsere Genossenschaften gerade auf die von der Krise am stärksten betroffenen wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsklassen angewiesen sind. In dieser Schwächung der Kaufkraft ihrer Mitglieder tritt für die Vereine noch das Fallen der Preise, was bei selbst gleichbleibendem Mengenumsatz zu einem Rückgang der Umsatzerlöse führt. Angesichts dieser ungünstigen Situation ist es unsofort höher einzuschätzen, daß sich unsere Genossenschaften in den Stürmen der Krise wind- und widerstehen erwiesen haben, daß sich das Vertrauen der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, die genossenschaftliche Treue unserer Arbeiterbevölkerung als das granitene Fundament erwiesen hat, das die hochgehenden Wogen einer wirtschaftlichen Sintflut nicht hinwegspülen können. Während rings um uns Großbanken und industrielle Unternehmungen, Kauf- und Gewerbebetriebe zusammenfallen wie Kartenhäuser, erheben sich — wie der informative Jahresbericht unserer genossenschaftlichen Zentralorganisationen mit Recht sagt — aus dem Irren der Wirtschaftsanarchie der privaten Unternehmungen die nach plan- und gemeinwirtschaftlichen Grundrissen aufgebauten Genossenschaftsunternehmungen gleich rettenden Inseln aus dem aufgewühlten Meer der Privatwirtschaft.

Ein paar nüchterne Ziffern beweisen schlagkräftig, daß diese Behauptung keine rhetorische Phrasen, keine Übertreibung ist, sondern der Wirklichkeit entspricht.

Der gesamte Güterumsatz der dem Verbands angehörenden Genossenschaften hat 1930 rund 590, 1931 578 Millionen betragen, ist also trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung nur um ein geringes zurückgegangen. Die Zahl der Mitglieder ist sogar um 7213 d. i. um fast drei Prozent auf 243.781 gestiegen! Welches Vertrauen die Mitglieder zu ihren Vereinen haben, geht daraus hervor, daß die Mitgliederbeiträge 200 Millionen betragen und daß diese Summe zum behersehenden Bilanzposten geworden ist. Die innere Festigkeit unserer Konsumvereine mag man daraus erkennen, daß im Wirbelsturm der Krise die eigenen Mittel der Genossenschaften in einem Jahre um 16 Prozent (auf 59 Millionen) gestiegen sind und der Realitätenbesitz gleichfalls um 16 auf 90 Millionen Kronen erhöht werden konnte. Die Gesamterlöse betragen 318 Millionen und sind gleichfalls, und zwar um 17,5 Millionen größer als im Vorjahre.

Die Leitung des Verbandes war aber nicht nur darauf bedacht, die Genossenschaften finanziell zu konsolidieren, sondern sie hat auch ihre übrigen Aufgaben gewissenhaft erfüllt. Unsere Genossenschaften leisten ein

großzügige Propaganda- und Schulungsarbeit, sie verbreiten genossenschaftliche Literatur — so erscheint „Die Konsumgenossenschaft“ in einer Auflage von ungefähr 4000, das „Familienblatt“ in einer solchen von fast 150.000 — es werden Film- und Propagandavorträge veranstaltet, es werden die Frauen in besonderen Sektionen und Frauenkonferenzen geschult, es werden Veranstaltungen für Kinder organisiert, es wird das Personal der Genossenschaften erzogen, kurz eine Fülle von genossenschaftlicher Arbeit wird Tag um Tag geleistet.

Ein besonderes Kapitel der genossenschaftlichen Arbeit bleibt der Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft vorbehalten. Mit Stolz kann der Bericht darauf hinweisen, daß in der Krisenzeit der Umsatz der Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft gestiegen ist und zwar vom Jahre 1929/30 bis 1930/31 von 56.052.433 Kronen auf 56.255.428 Kronen, das ist also um 202.975 Kronen oder 0,36 Prozent. Es wird wenige Betriebe in der Tschechoslowakei geben, die in der Zeit der Wirtschaftskrise einen Auftrieb zu verzeichnen haben. Der Grund dieser günstigen Entwicklung ist wieder die Treue der Vereine zu ihrer Großeinkaufsgesellschaft. Während 1926/27 der Anteil der genossenschaftlichen Gütererzeugung der angeschlossenen Konsumgenossenschaft bei der See 53,23 Prozent betrug, ist dieser Anteil im letzten Berichtsjahre auf 62,41 Prozent gestiegen. In Neratowitz und Herbig, in Bodenbach und Böhm.-Kamitz, in Bärzingen und Znam und in dem neuesten Betrieb Pratelesbrunn werden die Erzeugnisse hergestellt, die für die organisierten Konsumgenossen bestimmt sind und sich bei ihnen immer größerer Beliebtheit erfreuen. Die finanzielle Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft geht daraus hervor, daß vor zehn Jahren das Anteilskapital 1,5 Millionen, die Reserven 2 Millionen, die Produktion 7,5 Millionen betragen haben, heute aber das Anteilskapital 9 Millionen, die Reserven 12 Millionen und die Produktion 56 Millionen Kronen betragen. Der Immobilienbesitz der See steht mit nicht weniger als 33,7 Millionen zu Buche.

Stolze Ziffern sind es also, die aus dem Bericht zu uns sprechen. Sie zeigen uns nicht nur, welche große emsige Arbeit hier geleistet wurde, sondern sie zeigen uns auch die Stärke des planwirtschaftlichen genossenschaftlichen Gedankens, die Überlegenheit des genossenschaftlichen Betriebes über den privatkapitalistischen. Je mehr der Kapitalismus zusammenbricht, desto fester müssen sich die Arbeiter nicht nur um ihre Partei und ihre Gewerkschaften, sondern auch um ihre Genossenschaften scharen. Unsere Partei ist stolz darauf, daß so viele ihrer Anhänger in den Genossenschaften erfolgreich arbeiten und daß die leitenden Funktionäre des Genossenschafts sich zur Weltanschauung des Sozialismus und zur Partei der Sozialdemokratie bekennen. In diesem Sinne begrüßen wir die heute beginnenden Verhandlungen und wünschen, daß allen Katastrophen der kapitalistischen Wirtschaft zum Troste unsere Genossenschaften blühen, wachsen und gedeihen mögen!

Das neue Wohnungsgesetz

(Fortsetzung von Seite 1)

Eigentümer jener Häuser verpflichtet sind, die mit Staatsgarantie in den Jahren 1919 bis 1924 erbaut wurden. Der Gesetzentwurf ermöglicht die Abstützung der Höhe des Regresses nach sozialen Gesichtspunkten und ermäßigt ihn bis auf 25 Prozent der normalen Höhe. Dem Hausbesitzer wird die volle Möglichkeit gegeben, vor der Bemessung des Regresses alle Gründe für dessen Herabsetzung geltend zu machen. Die Art der Rückzahlung des Regresses ist dem Hauseigentümer überlassen. Wird er in Raten gezahlt, so wird dafür Sorge getragen, daß die mit dem Hausbesitz verbundenen Auslagen, erhöht um den Regress, für den Hausbesitzer und auch für die Mieter in Finanzhäusern wirtschaftlich tragbar sind.

Das zweite Hauptstück regelt ausführlicher die Gemeinnützigkeit von Baugenossenschaften. Die Zugehörigkeit der Genossenschaft zum Revisionsverband ist künftig obligatorisch. Das erste Hauptstück handelt von den Bauparlamenten, das zweite Hauptstück von der Wohnungsfürsorge des Staates, hauptsächlich in seiner Eigenschaft als Eigentümer zahlreicher neuer Mietshäuser, und von der Wohnungsfürsorge der Gemeinden.

Das dritthundertste Hauptstück enthält Bestimmungen über die Beratungsorgane für Wohnungsfürsorge, und zwar über die Wohnungsausschüsse für die Gemeinden und über den Wohnungsrat beim Fürsorgeministerium.

Der Mayr-Harting weiß es besser.

Politik aus der Froschperspektive.

Die Eigenmächtigkeit des ehrgeizstrebenden Herrn von Papen, der zu seiner Reichskanzlerschaft etwa soviel Eignung mitbringt, wie der Herr Mayr-Harting zu seiner Ministerschaft mitgebracht hat, bestimmte das Zentrum zu einer sehr eindeutigen Duldung; es gab dem neuen Herrn Reichskanzler zu verstehen, daß es mit ihm nichts mehr zu tun haben will und daß es sein Kabinett ablehnt. Man darf wohl sagen, daß diese Haltung des Zentrums seinen republikanischen und demokratischen Traditionen entspricht und daß diese Haltung mitbestimmt ist von sozialen Beweggründen: zum Zentrum gehören viele Arbeiter und soweit hinter dem Sturz der Regierung Brüning außer den Junkern und Generalen auch Industriemänner stehen, haben sie weniger aus Abneigung gegen den Reichskanzler, als vielmehr aus Feindschaft gegen seinen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Arbeitsminister Siegelwald gehandelt. Und schließlich war es ihnen natürlich überhaupt darum zu tun, eine Regierung zu bekommen, deren Entschlüsse nicht in solchem Maße von der Sozialdemokratie abhängen wie jene der Regierung Brüning: man wollte freie Bahn zur Abschaffung der Arbeitslosenversicherung und zum Abbau der übrigen „sozialen Lasten“.

Da kommt nun die „Deutsche Presse“, das Organ der hiesigen christlichsozialen Partei und sitzt an leitender Stelle die Behauptung auf, den Reichspräsidenten hätten zu seiner Haltung mehr persönliche als sachliche Motive veranlaßt. Das Zentrum habe es jedoch immer verstanden, das Sachliche über das Persönliche zu stellen und werde es hoffentlich auch diesmal tun. Was Hindenburg beabsichtige, sei die Zusammenfassung jener nationalen Elemente, die

Das letzte Hauptstück endlich enthält zahlreiche gemeinläufige Bestimmungen und legt den Beginn der Wirksamkeit der einzelnen Kapitel fest. Die drei ersten Hauptstücke des Gesetzes sollen erst am 1. Jänner 1933 in Kraft treten.

Kleingelddebatte im Plenum.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich Donnerstag nachmittag mit der Kleingeldvorlage, über die Dr. Godas ausführlich referierte. Die Debatte gab einer Reihe von Rednern Gelegenheit, sich auch ausschließlich mit Dingen zu beschäftigen, die nicht im geringsten Zusammenhang mit der Vorlage stehen.

So wurde von deutscher Seite der Bismarck-Prozess gegen den Wanderlehrer Schwarz gepöbelnd, wobei sich Herr Kallina den geistreichen Zwischenruf leistete, wo denn (bei der Verhandlung einer rein wirtschaftlichen Vorlage!) der Herr Justizminister sei. Stern und ein zweiter Kommunist malten alle möglichen Inflationen gebahnt an die Wand. Herr Geher verzapfte allerhand Theorien über Währungsfragen, wobei eine englische Währungsreform aus dem Jahre 1789 (!) als Beispiel herhalten mußte. Der tschechische Nationalsozialist Slavicek wieder griff den Ministerpräsidenten wegen seiner Beteiligung an der kürzlichen Industriellenotung ziemlich heftig an und wollte dann auch den Präsidenten des Patentamtes wegen angeblicher Verletzungen der Sprachverordnung vor ein Disziplinargericht gestellt wissen.

nicht aus Desperation zu Hitler übergelaufen sind, sondern deshalb, weil sie in der bisherigen Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokraten wirklich eine nationale Gefahr und wohl mehr noch eine materielle Gefährdung ihres Wohlstandes fürchteten.

Der Angriff, den die „Deutsche Presse“ gegen die reichsdeutsche Bruderpartei der Christlichsozialen richtet, gründet sich also darauf, daß das Zentrum nach ihrer Ansicht unter dem Druck der Sozialdemokratie zu sozial gehandelt hat und daß es daher für es zweckmäßig ist, mit den Industriemännern und ostelbischen Junkern gemeinsame Sache zu machen.

Aus dem Verlaufs der „Deutschen Presse“ spricht derselbe Geist, der die österreichischen Seipeliten besetzt: Kampf gegen die Interessen der Arbeiter, Bündnis gegen sie mit Adel, Börse, Jobbern, Balunschiebern und Industriemännern. Es ist das ohnmächtige Geleise der Bestrigen, die nun, angeht das Junkerkabinett des Renegaten von Papen, auch für sich und ihre dankte Bestimmung Morgenluft wehren. Diese Selbsterklärung der Christlichsozialen in der Stunde jurchtbarer Bedrohung der Errungenschaften aller deutschen Arbeiter möge nicht übersehen werden!

Unsere Arbeiter mögen aus ihr erkennen, daß die Christlichsozialen hierzulande nicht besser sind als die Regierung der Junker und Schwerindustriellen, die jetzt die Deutsche Republik dem Abgrund entgegenführt.

Auch das, was die „Deutsche Presse“ vertritt, nennt sich Politik. Es ist die Politik der Arbeiterfeindschaft und, geschichtlich gesehen, Politik aus der Froschperspektive. Sie ist des Herrn Mayr-Harting würdig, der sich, nebenbei gesagt, glücklich schätze, wenn er in einer Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten Minister sein dürfte.

Keine Währungsexperimente!

Ein beschwichtigendes Kommuniqué.

Berlin, 2. Juni. (Wolff.) Der Reichsbankpräsidenten heute nachmittags den Reichsbankpräsidenten zu einer eingehenden Aussprache. Dabei wurden sämtliche Probleme behandelt, die für die der Reichsbank obliegenden Aufgaben von Bedeutung sind. Es ergab sich völlige Übereinstimmung, insbesondere darüber, daß keine Währungsexperimente und überhaupt nicht die Währungs- und Kreditgebiete keine Maßnahmen in Frage kommen, aus welchen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnte.

Reichsbankkredit erneuert.

Paris, 2. Juni. Der internationale Redaktionskredit für die Reichsbank in der Höhe von neunzig Millionen Dollar wird erneuert, ohne daß, wie von französischer Seite ursprünglich beabsichtigt gewesen war, eine teilweise Rückzahlung schon jetzt vorgenommen wird. Es soll gleichzeitig aber eine Normel festgesetzt werden, welche ein automatische Tilgung des Kredites im Zusammenhang mit der Besserung der Devisenlage der Reichsbank erlauben soll.

Die große Klappe Starhembergs.

Wien, 2. Juni. (Sch. Br. B.) In der Großen Ausstellungshalle in Innsbruck sprach gestern abend Bundesführer Starhemberg über die jüngsten politischen Ereignisse, insbesondere über die Gründe, die den Heimatblock bewogen haben, in die Regierung Dollfuß einzutreten. Der Heimatblock, so führte Starhemberg u. a. aus, fordert von der Regierung ein Programm der wirtschaftlichen Selbsthilfe, und er kann mit Genehmigung feststellen, daß die neue Regierung entschlossen ist, diesen Weg zu gehen. Volles Vertrauen habe der Heimatblock zu Dr. Kintelen, der mehr Heimatblockmann als Christlichsozialer sei. Auch dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß vertrauen die Heimwehren. Die Regierung werde aber nur dann Erfolg haben, wenn sie sich vom Parlament lösen lasse. Zuerst kommen die Volksnotwendigkeiten und dann erst die Bestimmungen der papierernen Verfassung. Auch Dr. Steidle sprach in der Versammlung und kündigte für den kommenden Sonntag einen befohlenen Aufmarsch der Tiroler Heimwehren an.

Gemeindewahl.

Bei der am Sonntag in Germanitz (Kreis Trautenau) durchgeführten Gemeindewahl erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 63 Stimmen, 3 Mandate (1927: 57 Stimmen, 3 Mandate); Bund der Landwirte 64 Stimmen, 3 Mandate (1927: 81 Stimmen, 4 Mandate); Christlichsoziale 31 Stimmen, 1 Mandat (1927: 38 Stimmen, 2 Mandate); Wielauer Liste 34 Stimmen, 2 Mandate (1927 als Häusergruppe kandidiert). Die deutschen Nationalsozialisten, die 1927 unter ihrem richtigen Namen kandidierten und 13 Stimmen und 1 Mandat erhielten, nannten sich bei dieser Wahl Deutsche Dorfgemeinschaft und erzielten 34 Stimmen und 2 Mandate. Die tschechische Wahlgemeinschaft erhielt 25 Stimmen und 1 Mandat (1927: 19 Stimmen, kein Mandat). Gefloppelt hatten: der Bund der Landwirte, die Christlichsozialen und die Wielauer Liste.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brückner.

Gegen zwölf kommt Lichte. Er ist unendlich geworden in letzter Zeit, nervös, überreizt, immer beleidigend, prahlend und verlogen.

Er fühlt sich von uns kritisiert und möchte uns am liebsten alle vier an die Luft setzen. Aber das hieße für ihn: arbeiten müssen. So begrügt er sich damit, uns schlecht zu behandeln. Das Geschäft ist nicht mehr ganz so ertragsreich. Die Urania G. m. b. H. hat Pleite gemacht. Die Balala wird für die neue Saison nicht mehr als vier neue Filme herausbringen. Lichte verhandelt seit Wochen mit der Paulig.

Das wäre eine Sache, wenn er die Vertretung der Deutlich bekäme! Aber man zögert in Berlin, verlangt Referenzen. Lichte führt ungegähnte Namen an.

Bei der Deutlich durchschauen sie scheinbar den prahlendsten Bombast. Sie sind überzeugt, daß der Knabe zu brauchen ist. Aber, aber!

Die neue Saison steht vor der Tür. Schon hat man in der Provinz Vertreter der Ufa gesehen, die die Theaterbesitzer vollstopfen mit Filmen, daß sie nicht mehr aufnehmenfähig sind.

Lichte lobt. Er telegraphiert, telefoniert um die Entscheidung. Das Türschloß wird nun nächsten herausfallen. Unten, wo er immer mit dem Fuß gegenstößt, ist das Holz tauglich. Wenn er schon alle Säubladen aufsteigt, laum daß er gekommen ist!

Paul, der Neue, kommt auf Lebensspitzen geschlichen.

„Nichts zur Bahn zu tragen?“ wisper er. Martha lächelt mit dem trägen Blick, den sie seit der Geburt ihres Kindes hat, zum Fenster hinaus.

„Wenn er mich heute vornimmt“, sagt sie und laut ihr Brot, „heut schrei ich ihm was ins

Gesicht. Heut krieg ich was fertig, das kann ich bloß sagen. Hund, schrei ich einfach, Hund, Hund.“

Wir müssen alle drei lachen.

„Fräulein Brückner!“

„Bitte?“

„Kommen Sie rein, wenn ich mit Ihnen rede! Geld eingegangen?“

„Nein.“

„Warum nicht?“

„Ich sage gar nichts.“

„Dat Bauer aus Marienburg denn nicht bezahlt, der Lämmel?“

„Vor nicht. Wenn nichts durch Postfach gekommen ist?“

„Dann mahnen Sie gefälligst. Sie denken auch an gar nichts.“

„Aber, Herr Lichte, Sie haben die Kassenbücher eingeschlossen. Wie kann ich wissen, wer bezahlt hat und wer nicht? Sie sagen mir ja sonst, wen ich mahnen muß.“

„Schlimm genug, wenn ich immer erst alles sagen muß.“

„Es ist gut, Herr Lichte. Sonst noch was?“

„Nein, es ist nich, gut, Fräulein Brückner.“

Sie lassen in ihrer Leistung ganz auffallend nach. Das Geschäft geht zurück.

Ich kenne die Auswirkungen seiner üblen Laune genug und liebe mich zurück.

Unterdessen ist Besuch gekommen. Lichtes neuester Trabant: Herr Busold. Gelbe Halbshuhe, weiße Samaschen, heller Ueberzieher, rote Kravatte, Monotel, Stöckchen mit Silberknopf: das ist Herr Busold, stud. rer. pol., um es nicht zu vergessen.

Gewisse Merkmale in seinem Gesicht lassen ahnen, auf welchen gemeinsamen Interessen die Freundschaft mit Lichte basiert.

Lichtes Anstrengungen, diesem Sigel zu imponieren, sind grotesk. Er hat uns erst neulich zum Bahusinn gebracht in seiner Rolle als unermüdet tätiger Diktator, auf dessen Geheiß

eine Schar dienstbefähigter Angestellter nur so springen muß.

Auch jetzt hat Lichte kaum seine Stimme erkannt, als er mir nachruft: „Melden Sie sofort ein dringendes Gespräch mit Marienburg an, Voranmeldung Bauer.“

Er tut, als bemerke er jetzt erst den Gast.

„Ah, mein lieber Busold, entschuldige tausendmal. Bei uns ist immer Großkampftag, wie du weißt. Arbeit, Arbeit und nochmal Arbeit. Weißt du nicht einen tüchtigen Geschäftsführer für mich?“

„Ich drehe mich zu ihm um.“

„Soll ich das Gespräch latäschlich dringend anmelden?“ denn dieses „dringend“ ist ja nur des wuchtigeren Eindrucks wegen mitgeschlüpft. Er will sich seine Prahlerei was kosten lassen.

„Wieviel Jahre sind Sie schon in meinem Betrieb, daß ich immer noch alles doppelt sagen muß?“

„Komm, Busold. Ich laum dir sagen: einen Kopp muß man haben wie ein Regenfaß.“

Und er wendet sich nochmals zurück.

„Daß der Loder Film zur Zeit noch der Bahn kommt. Ein Uhr fünfzehn geht der Zug. Um eins wird die Annahme geschlossen. Wenn Robert von der Bank kommt, soll er sich sofort bei mir melden.“

Dieser Robert, der ewig auf der Bank zu tun hat, ist eine von Lichtes Phantasiegestalten, die in Fällen künstlicher Betriebsnotung das Personal vergrößern. Ein Film nach Vud ist natürlich auch nicht zu expedieren, und daß die Expresgutannahme am helllichten Tage geschlossen sein könnte, bringt Pauls Blut in Wallung.

„So ein Hommel“, brummt er über seinem Wassereimer, in dem er alte Kopien in Vianfilm aufweicht.

Ich nehme gerade den Hörer ab, um nach dem Fernamt zu läuten, als Lichte schon wieder von drinnen ruft.

„Fräulein Brückner, wir wollen schnell noch die Post besprechen. Entschuldige mich einen Augenblick, Busold. Eilige Sachen.“

Zeit wann besprechen wir noch gemeinsam die Post? Daß er sich nicht schämt vor mir! Die Post liegt auf meinem Schreibtisch und ist in der Hauptsache bereits erledigt.

Er rafft aus einem alten Kasten, in dem er seine Privatkorrespondenz aufbewahrt, ein paar Briefe zusammen.

„Soll ich nicht erst das Gespräch nach Marienburg anmelden?“ frage ich.

„Was, das ist noch nicht geschehen?“ braust er auf, brennt aber, als er meinem Blick begegnet. „Aber Fräulein Brückner! Paul soll sofort das Gespräch anmelden.“

Ich rufe durch die offene Tür: „Paul, melden Sie ein Gespräch nach Marienburg an, dringend, Voranmeldung Bauer.“

„Ist gut“, ruft Paul zurück.

Ich muß die Tür schließen.

Was nun folgt, ist ein unwürdiges, ungläublich lächerliches und beschämendes Theater mit den Briefen. Dabei wartet dringende Arbeit auf mich. Und dieser Ged mit den weißen Samaschen versteht nichts, aber auch gar nichts von Geschäften, geschweige denn vom Filmerzweig. Wahrscheinlich will er Lichte anpumpen und ärgert sich über die Verzögerung. Er döst vor sich hin und hört gar nicht zu. Lichte liest mir murmelt, aber unter deutlicher Hervorhebung der phantastischen Zahlen, die er erfindet, Verträge mit Danziger Lichtspielhäusern vor, die gar nicht existieren. Weder die Theater, noch die Verträge.

„Zwientausend Mark für die Erstausführung Paradies im Schnee“ (längst gelauten für fünf-hundert Mark). „Na, nicht gerade überwältigend. Aber wir werden das mal bestätigen. Legt wissen Sie ja.“

(Fortsetzung folgt)

Schutz der Wohnung!

Zu den am heftigsten umstrittenen Kampfobjekten gehörte seit dem Bestand der gegenwärtigen Regierungsmajorität immer das Wohnungsproblem. Jeder Verlängerung der geltenden Provisorien ging ein wütender Ansturm der Agrarier voraus, die sich in dieser Frage den Hauseigentümern mit Haut und Haaren verschrieben haben, und es bedurfte des Aufgebotes aller Kräfte der Sozialdemokratie, um diesem Ansturm gegenüber den Schutz der wirtschaftlich schwachen Mieter aufrechtzuerhalten. Daß ihr dies ohne fühlbare Vordering des Kündigungsschutzes und ohne Zulassung einer allgemeinen Mietzinserhöhung gelungen ist, gehört zweifellos zu den entscheidenden und wertvollsten Erfolgen sozialdemokratischer Politik in den letzten Jahren.

Mit der Einbringung der Regierungsvorlage eines Wohnungsgesetzes tritt dieser Kampf um den Schutz des Wohnungsbedürfnisses der breiten Massen in ein neues, entscheidendes Stadium. Seit jeher ist von allen Seiten die Ersetzung der ständigen Provisorien durch ein langfristiges Gesetz gefordert worden, wenn auch von den gegenwärtigen Interessengruppen in ganz verschiedener Absicht: Die Hauseigentümer wollten das definitive Gesetz, um den Mieterschutz zu liquidieren, die Mieter, um ihn für die Dauer zu sichern. An diesen Gegenständen sind denn auch bisher alle Bemühungen um ein langfristiges Gesetz gescheitert. Auch als Genosse Dr. Czech die unter seiner Leitung ausgearbeitete Vorlage veröffentlichte, die den schutzbedürftigen Mietern für längere Frist Verabreichung über ihr Schicksal sichern und gleichzeitig Mittel für die Ausgestaltung der Bauförderung schaffen sollte, setzte der bürgerliche Ansturm unter agrarischer Führung aufs neue mit größter Selbstigkeit ein. Die Agitation der Agrarier gegen Mieterschutz und Bauförderung hatte nie geruht, nun aber erlangte sie vervielfachte Macht. In dem, was die Hauseigentümer in Versammlungen, was „Venkov“ und „Bezer“ zweimal täglich an Angriffen auf den „bötschewistischen“ Wohnungsentwurf leisteten, gibt nur ein schwaches Bild von den Kämpfen, die sich in der Regierung und innerhalb der Mehrheit um die Wohnungsvorlage abspielten. Wenn es nun noch monatelangen harten Auseinandersetzungen gelungen ist, die Vorlage in ihren Grundzügen unverändert durch den Ministerrat zu bringen, so daß sie heute auf den Tischen der Abgeordneten liegt, so bedeutet das wiederum einen großen Erfolg der Sozialdemokratie, einen großen Erfolg der unermüdeten Ausdauer des Genossen Czech.

Das Parlament der Tschechoslowakischen Republik wird also zum erstenmal über ein langfristiges Wohnungsgesetz, das den ganzen Fragenkomplex der Wohnungs- und Bauvorsorge regelt, zu verhandeln haben. Es steht außer Zweifel, daß die Bürgerlichen, vor allem die Agrarier, neuerlich versuchen werden, die Vorlage zu Ungunsten der Mieter und zum Schaden der Bauförderung zu verschlechtern. Wir stehen also wiederum vor erbitterten Kämpfen, in denen es um die Lebensinteressen von Hunderttausenden geht.

Die Vorlage spricht aus, daß der Mieterschutz durch zehn Jahre, also bis Ende des Jahres 1942 aufrecht bleibt. Er besteht den Hauseigentümern eine Mietzinserhöhung um 40 Prozent des Friedenszinses jährlich zu, spricht aber gleichzeitig aus, daß die Erhöhung für sozial schutzbedürftige Mieter erst am 1. Jänner 1935 und wenn bis dahin nicht eine allgemeine Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten ist, erst am 1. Jänner 1937 in Kraft tritt. Diese Schutzbestimmung bezieht sich auf alle Mieter, deren steuerpflichtiges Reineinkommen 20.000 Kronen im Jahre nicht übersteigt, sofern sie nur für sich selbst zu sorgen haben. Für jede Person, zu deren Unterhalt der Mieter nach dem Gesetze zu sorgen verpflichtet ist, steigt sich diese Einkommensgrenze um 5000 Kronen, bis sie 40.000 Kronen erreicht.

Es muß mit aller Klarheit ausgesprochen werden, daß diese Grundzüge, die Sicherung des Mieterschutzes für die Dauer von zehn Jahren und die Ausschließung jeder Zinssteigerung für die sozial schutzbedürftigen Mieter während der Krise, für die Sozialdemokratie unantastbar sind. Denn die Aufgabe, die der Sozialdemokratie im Kampfe um die Wohnungsgesetzgebung gestellt war, ist es gewesen, den breiten Massen der Bevölkerung das Obdach zu sichern und sie vor unerträglichen Lasten zu schützen, zu verhindern, daß die Interessen der proletarischen Mieter den Profitinteressen der Hauseigentümer oder dem politischen Expansionsbedürfnis der Agrarier, die mit Hilfe der Hauseigentümer in Städten festen Fuß fassen wollen, zu opfern.

Wenn die Sozialdemokratie diese Aufgabe erfüllt und darüber hinaus dafür gelangt hat, daß ein Teil der Mietzinserhöhungen in der Form des Baubetrages der Wohnbauförderung zugeführt und so in Verbindung mit dem staatlichen Regress die staatliche Unterstützung für die Schaffung von Kleinwohnungen reichlicher und besser gestaltet wird als bisher, dann kann sie mit Berechtigung auf das Ergebnis ihres Kampfes um die Wohnung der Massen zurückblicken. Im Agrarismus, gegen bürgerliche Übermacht, unter den schwierigsten Umständen hat die Sozialdemokratie ein neues, dauerndes Werk der Sozialpolitik zustande gebracht. So bewährt sich neben der Rücksichtslosigkeit und dem gleichzeitigen Kollaps der Bourgeoisie und neben der Dynamik kommunistischer und hakenkreuzlicher Demagogie die Sozialdemokratie als einzige Kraft, die imstande ist, die Interessen der breiten Massen erfolgreich zu wahren.

Die landwirtschaftliche Kredithilfe.

Mindestens 50 Prozent für Kleinlandwirte.

Die Vorlage über die Kredithilfe für die Landwirtschaft bestimmt, daß Landwirten, die infolge der Wirtschaftskrise sich derzeit verschuldeten, daß ohne eigene Schuld ihre Existenz bedroht ist, für die Zeit von längstens 8 Jahren Beiträge zur Verzinsung ihrer Hypothekenschulden gewährt werden können, falls sich voraussehen läßt, daß dadurch ihre wirtschaftliche Existenz erhalten werden kann. Eine Nebenbeschäftigung ist bei Kleinlandwirten kein Hindernis für die Zuerkennung dieses Beitrages. Der Zinsbeitrag beträgt höchstens 2,5 Prozent; der Schuldner muß dabei unter allen Umständen mindestens 4 Prozent beitragen.

Weiters kann das Landwirtschaftsministerium auf die Dauer von fünfzehn Jahren eine Staatsgarantie bis zur Gesamthöhe von 250 Millionen übernehmen:

a) für die Bezahlung von Darlehen, die die Landesgeldinstitute, Sozialversicherungsanstalten, Sparkassen usw. an Landwirte gewähren, die anders keinen Kredit erhalten können, falls dadurch die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz ermöglicht wird. Diese Garantie gilt nur für Hypothekenschulden, sofern sie nicht durch eine erste Hypothek gedeckt sind, und zwar bis zu 80 Prozent des Schätzwertes. Durch die Übernahme der Garantie verpflichtet sich der Staat, 75 Prozent des Verlustes zu ersetzen, den der Gläubiger eventuell erleidet;

b) gegenüber den Landesgeldanstalten für die Bezahlung der Gelder, die zur Gewährung billigen landwirtschaftlichen Kredites beschafft werden und aus deren Volkskreditanstalten ein Kredit gewährt wird.

Nach Ablauf von zwei Jahren kann die Regierung die Gesamthöhe des übernommenen Kredites um weitere 20 Millionen erhöhen. Die Kredithilfe bezieht die Übernahme eines Teiles des Zinsdienstes kam auch landwirtschaftlichen Genossenschaften gewährt werden, die dem Absatz landwirtschaftlicher Produkte dienen.

Zur Verbilligung des landwirtschaftlichen Kredites wendet der Staat in den Jahren 1933 bis 1940 jährlich höchstens 100 Millionen im Rahmen der zu diesem Zwecke durch besondere gesetzliche Maßnahmen beschafften Mittel auf; von diesem Betrag müssen mindestens 50 Prozent für Kleinlandwirte reserviert bleiben.

Eine weitere Vorlage bestimmt, daß die Ausgabe von Einfuhrscheinen für Mehl und Mahlprodukte aus Weizen, Roggen, Gerste und Hafer nach dem Gesetze 23.1930 eingestellt wird. Im Gefolge der hierdurch eintretenden Zollerhöhung wird der Betrag von 22 Millionen zur Deckung der Staatsbeiträge für die landwirtschaftlichen Kredite bestimmt. Die Regierung wird ermächtigt, falls dieser Kredit nicht

mehr notwendig erscheint, die Einfuhrscheine wieder aufheben zu lassen.

Der Volkskredit

oder wie es genau heißt, die Vorlage über die „Interessenzentrale des Volksgenossenschaftswesens“, bestimmt die Errichtung einer solchen Zentrale mit dem Sitz in Prag; Mitglieder können Genossenschaftsverbände (es kommen vier tschechische und zwei deutsche in Betracht) und ihre Landes- oder Kreditzentralen werden. Diese Zentrale soll die Tätigkeit der bestehenden Interessenzentrale der Genossenschaftsverbände in Prag übernehmen und sie zu einer zentralen Finanz-, Beratungs- und Revisionsorganisation des Volksgenossenschaftswesens ausbauen.

In finanzieller Hinsicht kann diese Zentrale Kredite an Genossenschaftsverbände und deren Mitglieder gewähren, sich Geldmittel im Kreditwege beschaffen, Einlagen in laufender Rechnung entgegennehmen, von den Verbänden zur Aufbewahrung und Verwaltung Wertpapiere entgegennehmen und für sie den Kauf und Verkauf von Wertpapieren, Leihen, das Inkasso von Schecks, Wechseln und Schecks übernehmen usw. Weitere Bestimmungen regeln ausführlich die weitere Verfassungs- und Revisionsstatistik.

Das Grundkapital dieser Zentrale wird aus einem einmaligen Staatsbeitrag von 25 Millionen gebildet, ferner aus fünf Jahresraten von je zwei Millionen bis einschließlich 1936, die das Finanzministerium beisteuert. Die Regierung wird ermächtigt, eine subsidiäre Staatsgarantie bis zum Betrage von 50 Millionen für diese Zentrale gewährt zu übernehmen. Die Zentrale steht unter staatlicher Aufsicht. Die Gelder für die Staatsbeiträge werden aus dem höheren Ertrags der Gebühren für Einfuhrerstattungen beschafft.

Gewerbekredit.

In ähnlicher Weise wird durch einen weiteren Gesetzesentwurf eine Zentrale des gewerblichen Genossenschaftswesens geschaffen, die die Geschäfte einer bereits bestehenden gewerblichen Zentrale übernimmt und zu einem Finanz-, Beratungs- und Revisionsorgan für die gewerblichen Genossenschaftsverbände ausgebaut werden soll. Das Grundkapital der Zentrale wird aus den Einlagen des Staates in der Höhe von 10,7 Millionen bei der schon bestehenden Zentrale, aus einem weiteren Staatsbeitrag von 10 Millionen und aus fünf Jahresraten des Handelsministeriums von je zwei Millionen gebildet. Die Regierung ist auch hier zur Übernahme einer subsidiären Staatsgarantie bis zu 50 Millionen ermächtigt. Zur Deckung dieser Beiträge soll ebenfalls der erhöhte Ertrag der Einfuhrgebühren verwendet werden.

gon andere der Spekulation beschuldigt, um die Aufmerksamkeit von den wirklichen Spekulant abzuwenden, sie wählten der Redaktion der „Deutschen Landpost“ fälschlich einiges zu erzählen von gewissen Getreidegeschäften mit Jugoslawien — sofern sie nicht ohnehin schon Kenntnis von den Dingen hat. Das ist sogar als sicher anzunehmen.

Das nennt man Arbeiterpolitik!

Die Kommunisten haben stets gepostet, wenn die Sozialdemokratie die Regierung Brünning als das kleinere Übel bezeichnete, Lärm und behaupteten sie, es gäbe keine schlimmere Regierung als die Brünning's. Brünning sei ja schon der Faschismus. Nun ist Brünning gestürzt; eine neue Reichsregierung, geführt von Junkern, Militärs und Industriellen, tritt an seine Stelle. Und siehe da, das Zentralkomitee der KPD schreibt:

„Die Regierung Brünning ist gestürzt. Das herrschende Finanzkapital, Junker und Generale haben der Reichsregierung Brünning-Steuer-Steigerwald den Lauspaß gegeben. Der Reichspräsident Hindenburg, der Präsidentenstandkandidat der SPD und der übrigen Brünning-Parteien, vollstreckte wenige Wochen nach seiner erneuten Wahl den Willen der Lauspaßkonzepte, der Großagrarier und Reichswehrgeneralen, die durch die Befreiung des bisherigen Kabinetts den Weg für eine neue Offensive der faschistischen Reaktion, für eine ungeheure Verschärfung in den Methoden der faschistischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und für verstärkte Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie freimachen wollen.“

Das schreiben dieselben Kommunisten, die bisher in ihrer Presse ununterbrochen die Rechte gegen Brünning und die hinter ihm stehenden Parteien unterstützten! Man erinnere sich des Volksentscheides wegen der Auflösung der Landtage in Preußen und Sachsen und an die Abstimmungen im Reichstag!

Aus ihrer Erkenntnis, daß die faschistische Gefahr in unmittelbarer Nähe gerückt ist, ziehen sie jedoch leider nicht jene Folgerungen, die allein imstande wären, dem Faschismus den Weg zur Macht zu verlegen.

In der letzten Sitzung des Preussischen Landtages wußten sie nämlich nichts Besseres zu tun, als über die Isolierungspolitik der Sozialdemokratie zu lesen, die an aller Not der Gegenwart schuld sei, und die durch die neue Junkerregierung gefährdete Arbeitlosenversicherung zu diskutieren; sie begnügten sich nur die „gründenden Tränen der Sozialfaschisten an den Schaltern“ der Versicherungskammer.

Das nennt man Arbeiterpolitik, das nennt man Einheitsfront machen!

Lügen über die Großeinkaufsgesellschaft.

Die „Deutsche Landpost“ verbrennt sich die Finger.

Die „Deutsche Landpost“ kommt in ihrer letzten Ausgabe auf die Entschliebung zu sprechen, die der Parteitag der französischen Sozialdemokraten zur Frage der Regierungsteilnahme beschlossen hat. In dieser Entschliebung ist von den Forderungen der französischen Sozialisten auf dem Gebiete der Landwirtschaft die Rede und die „Deutsche Landpost“ meint, wir könnten uns an der Einsicht, von der unsere französischen Freunde für die Bedürfnisse der Landwirtschaft erfüllt sind, ein Beispiel nehmen.

Wir haben keine Lust, uns mit dem Richtiger auseinanderzusetzen, der diesen Ertrag in die „Deutsche Landpost“ schrieb. Ihm sind unsere Kundgebungen zur Frage des Schutzes der landwirtschaftlichen Erzeugung natürlich ebenso unbekannt wie er nicht wahrhaben will, daß die Entschliebung der französischen Sozialisten durchaus nicht die privaten Interessen der Agrarier schützen will, welche unsere Agrarier immer verwechseln mit dem Interesse, das die Bevölkerung jedes Landes an der Leistungsfähigkeit, der Güte und den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte hat.

Was uns veranlaßt, dem Herrn zu antworten, ist eine in seine Verächtlichkeit, mit der sein Artikel die deutsche Großeinkaufsgesellschaft bedient. Er wirft ihr nämlich vor, daß sie sich eifrig mit der Getreidespekulation befasse und schreibt:

In Frankreich fordern die Sozialisten eine Verteidigung der landwirtschaftlichen Erzeugung gegen die Spekulation, in der Tschechoslowakei aber befaßt sich die sozialdemokratische Großeinkaufsgesellschaft selbst recht eifrig mit der Getreidespekulation und der „Sozialdemokrat“, der sonst gern so tut, als ob die Sozialdemokraten auch gegen die Spekulation wären, hat bisher noch nicht einen Satz über die Spekulationsgeschäfte der Großeinkaufsgesellschaft geschrieben.

Dazu erklären wir, daß sich die deutsche Großeinkaufsgesellschaft (der bekannte Sec-Verband) noch nie mit Getreidespekulation beschäftigt hat und daß die Mitteilung der „Deutschen Landpost“ eine bewußte Unwahrheit ist. Sie möge sich bei der Centrocöoperativa erkundigen, damit sie, wenn sie es noch nicht wissen sollte, von ihr erfahre, daß nicht die deutsche Großeinkaufsgesellschaft zu den Getreidespekulanten gehört, sondern daß gewisse Agrarier zu ihnen gehören. Sie, deren Ver-



Ein Gummi-Absatz ist noch längst kein Berson Erst wenn auf dem Absatz steht, dann bist Du sicher, dass er hält und dass Dein Schuh auf lange Zeit wie neu bleibt. Verlange deshalb Berson. Berson ist besser und dabei sehr billig.



Plötzlich und bößig unerwartet ereilt uns die schmerzliche Nachricht, daß Genosse Adolf Reikner Donnerstag, den 2. Juni, gegen halb 9 Uhr vormittags seinem langjährigen schweren Leiden erlegen ist.

Der Name des Gen. Adolf Reikner ist mit der Geschichte der Arbeiterbewegung Nordböhmens und namentlich des Gebietes um Bodenbach untrennbar verbunden.

Als Kind armer Eltern am 29. Mai 1871 in Aich bei Karlsbad geboren, erlernte er die Porzellanmalerei und kam frühzeitig mit der Arbeiterbewegung in Berührung, aber auch in Konflikte mit seinen Arbeitgebern, die den jungen Sozialisten von Betrieb zu Betrieb hielten. Wiederholt gemahregelt, fand er keine Arbeit und wurde 1896 befristeter Vertrauensmann des „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes“ für den Handelskammerbezirk Eger. In den Bodentagen des Jahres 1899 trat der 28jährige zum ersten Male auch als politischer Redner in Versammlungen auf und holte sich die ersten Erfolge. Am 1. November 1900 kam Gen. Reikner nach Bodenbach.

Was er hier vorfand, war wenig ermutigend. Infolge einer Reihe verlorener Streiks, die Krankenkasse war in bürgerliche Hände geraten, herrschte unter den Arbeitern eine gedrückte Stimmung, die Organisationen lagen darnieder und die aufflammende nationalistische Bewegung Wolfs und Schönersers zog auch die Arbeiter in den Wirbel mit hinein. In Verein mit wenigen anderen Genossen begann Adolf Reikner das Aufbaupflicht. Es gelang.

Bei den gewaltigen Wahlrechtsänderungen der österreichischen Arbeiterklasse im Jahre 1906 führte Gen. Adolf Reikner 25.000 Arbeiter des Bezirkes Teischnitz zu einer Massenkundgebung auf den Teischnitz Marktplatz. Raum jemals wieder hat dieser Platz eine so machtvolle Kundgebung gesehen. Gen. Reikner galt als Führer der nordböhmisches Arbeiterklasse.

Bei der Reichsratswahl 1907 eroberte Gen. Reikner den Städtewahlkreis Teischnitz und siegte über den deutschradikalen Schreier. Er gehörte dem österreichischen Reichsrat bis zum Jahre 1911 an.

In der Partei bekleidete Gen. Reikner durch Jahre hindurch wichtige Funktionen. Er war Mitglied der seinerzeitigen Landesparteileitung, Kreisvertrauensmann, Mitglied der Bezirksleitung usw. Als Redakteur des „Volksboten“ widmete er seine Aufmerksamkeit vornehmlich dem politischen Teil des Blattes und seine Artikel fanden stets Beachtung.

Ganz besonders aber war es das Bildungswesen, dem er mit seltener Hingabe seine Aufmerksamkeit schenkte. Als Organisator und Lehrer leistete er auf diesem Gebiete Vorbildliches. Selbstverständlich nahm ihm daheim, solange es sein Gesundheitszustand gestattete, auch die Agitationsarbeit stark in Anspruch. Er war ein ausgezeichneter Redner sowohl im Vortrag als auch in der Diskussion mit den Gegnern.

Nach dem Kriege betrat er einen neuen Wirkungsbereich in der kommunalen Politik. 1919 wurde er Bürgermeister — der erste sozialdemokratische — von Bodenbach. Sein gründliches Wissen verschaffte ihm die Anerkennung und Achtung auch der Gegner.

Nach dem Wahlenantritt 1923 lehrte Gen. Reikner in die Redaktion des „Volksboten“ zu. Sein Gesundheitszustand hatte in den letzten Jahren sehr gelitten und verschlechterte sich zusehends. Ein schweres Asthmaleiden und eine chronische Stirnhöhleentzündung warfen ihn oft wochenlang aufs Krankenlager. Aber auch da arbeitete er und manchmal schien es, als ob sein jaher Lebenswille den ihn umlaundernden Tod ein Schnippen geschlagen hätte. Am 1. Juni 1931 ging er in den dauernden Ruhestand.

Nun ist er von uns gegangen und in tiefer Trauer neigt sich die Arbeiterklasse vor ihren bedeutenden Toten. Viel hat auch er im Leben an Mühseligkeiten erlebt und ertragen müssen und das Schicksal ist mit ihm und seine Familie nicht immer sanft verfahren. Einen Sohn verlor er auf dem Schlachtfeldern Rußlands, ein zweiter ist vor zwei Jahren gestorben. Nie hat er den Kopf sinken lassen, stets hat er die Fahne des Sozialismus hoch gehalten. Was Herrlich war an ihm, sank ins Grab. Das Banner aber, daß er in so manchen Kampfe uns voran trug, steht und mit ihm das Werk, an dem er so vielen Anteil hat.

Wäre dem toten Kämpfer die Erde leicht sein!

Tagesneuigkeiten

Er zieht den Tod dem Waffenrost vor.

Selbstmord eines Reservisten.

Das „Prager Tagblatt“ erhielt von dem 27jährigen Reservisten Josef Zellner einen Brief, in dem er mitteilt, daß er wegen der Erfolge, die er beim Militär gesammelt habe, in den Tod gegangen ist. Es erlie ihn vor jeder Minute, die er länger leben müßte.

Zellner stellte sich einige Male nicht zu den Waffenübungen und begab sich ins Ausland. Bei seiner Rückkehr wurde er verhaftet. Durch einen Hungerstreik erzwang er die Aufhebung der Haft. Er wurde dem Pilsener Divisionsgericht übergeben, das ihn zu 17 Tagen Gefängnis verurteilte. Es nahm bei Zellner fanatische „Voreingenommenheit“ an. Da die Haft infolge der Einrechnung der Untersuchungshaft verbüßt war, wurde Zellner sofort zur militärischen Dienstleistung nach Neubaus befördert. Nach seiner Ankunft in Neubaus schrieb er den Brief, der um die Erlaubnis, ihn zur Post tragen zu dürfen und kehrte von diesem Gang nicht mehr wieder. Seine Leiche wurde am Sonntag aus dem Teiche Waigar bei Neubaus gezogen.

In dem hinterlassenen Brief, der sich ausführlich mit den Erlebnissen des Zellner beim Militär beschäftigt, heißt es u. a.:

„Vielleicht nicht uninteressant.

Hart schon hat mich das, was die Menschen Schicksal nennen, im Leben geprüft. Ich habe es geduldig ertragen, nur die Uniform ist ein zu schwerer Saum für mich.

Wenn Sie sich für die Sache interessieren, so werden Sie in Pilsen beim Divisionsgericht aus den Akten dieses erfahren, bis auf das, was man verschwiegen hat, die vielen Beleidigungen, die Mißhandlungen im Spital in Prag, die Behandlung in der Kaserne in Pilsen. Vom 27. April bis 16. Mai habe ich nichts gesehen, am 26. Mai ließ man mich in Pilsen ins Arrest auf harte Lager, bis zur Gerichtsverhandlung, damit ich würde werde. Eine sehr gute Taktik. Sie wird beim abgemachten Körper, wenn dann der Verteidiger ziemlich mürrisch erklärt, er sei auch nervös und man möge sich nicht zu hart auf ihn verlassen, so gibt man sehr sitzbar Antwort: auf jede Frage und unterschreibt auch am Ende alles, was man verlangt, nur um dieses Affentheater zum Abschluß zu bringen. Man tritt sich leider, denn man läßt der Dienstweg des anderen Marionettentheaters an. Nachdem man 16 Stunden ohne Essen auf der Eisenbahn herumlangert, Essen, Kleingeld für einen, der vor kurzem 20 Tage ausgehalten hat, jaht man ihn von einer Kaserne zur anderen, bis man im Ordinationszimmer des Oberarztes anlangt. Auf die barische Frage, ob einem was fehlt, gibt man schüchtern Antwort, man fühle sich schwach. Ein hässliches Lächeln sollte höchstwahrscheinlich die Untersuchung darstellen, ist die Antwort. Ohne den Patienten auch nur eines Blickes zu würdigen, schreibt er seinen Befehl. Nun geht es noch immer in Begleitung zur Kasse, denn man ist so ein großer Verbrecher. Dort sagte ich sofort, nicht etwa etwas zum Essen, sondern Uniform, Ausrüstung, Gewehr und den Befehl, mich sofort umzuziehen.

Gastob zweier Familien.

In der Nacht auf Mittwoch haben sich im Norden Berlins und in Charlottenburg zwei Familien tödlich zugerufen. Rot und Schwermut sind die Motive, die fünf Personen in den Gastob getrieben haben. In der Schwimmender Straße 85 fand man den seit langer Zeit erwerbslosen Widler, den 36 Jahre alten Brunow Bauers, seine um ein Jahr jüngere Frau Johanna und den 12jährigen Sohn Fritz durch Gas vergiftet tot auf. Das Gas hatte die ganze Wohnung durchzogen und war auch schon in die Wohnungen der darüberliegenden Etage eingedrungen.

Am Danje Anseebeststraße 86 in Charlottenburg wurde die 40 Jahre alte Witwe Gertrud Krall mit ihrem achtjährigen Töchterchen Ruth durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die Familie Bauers bewohnte in dem genannten Hause im zweiten Stock eine kleinere Wohnung. Am Abend hatten die Eheleute ein Restaurant in der Nähe ihrer Wohnung aufgesucht, wo sie bis spät in die Nacht blieben. Als sie sich von dem Wirt verabschiedeten, äußerten sie, daß es besser sei, mit dem Leben Schluss zu machen, als noch weiter zu hungern.

Waffenvergiftung von Häftlingen.

Vor dem italienischen Gefängnis Foggia ereignete sich am Mittwoch zu einem großen Aufstand. In der Stadt hatte sich das Gerücht verbreitet, daß fünfzehnhundert Häftlinge an dem Genuß vergifteter Kartoffeln gestorben seien. Trotz energischem Eingreifen der Polizei blieben die Angehörigen bis tief in die Nacht vor dem Eingang des Gefängnisses und verlangten, die Häftlinge zu sehen. Ein Friedhofsanwalt ist wegen Verbreitung der Gerüchte verhaftet worden.

Eröffnung der direkten Flugverbindung Karlsbad - Prag.

Die staatliche Aerolinie in Prag eröffnete am 1. Juni die direkte Flugverbindung Karlsbad-Prag. Das erste Flugzeug, ein sechsflügeliger Doppeldecker, wurde vom Chefpiloten Novotny ge-

Arbeitslosigkeit vernichtet die Jugend.

Raubmord eines Achtehnjährigen. - Beute: 16 Kk.

Eine grauenhafte Missetat hat sich in der Nacht zum Samstag voriger Woche in Deutsch-Liebau zugetragen. Man fand am Samstagmorgen die 17jährige Gaspirin Sophie Gansel mit durchschnittenem Hals und zahlreichen anderen Wunden tot in ihrem Gasthaus auf. Der Verdacht, die Frau umgebracht zu haben, richtete sich gegen den 18jährigen Biederlehrling J. Popisil, der aus Lomigsdorf im Bezirk Hohenstadt stammt und bei dem Biedermeister R. Köhler in Deutsch-Liebau in der Lehre war. Er war am Morgen nach der Mordtat aus Deutsch-Liebau verschwunden, konnte aber noch am selben Tage in M. Schönberg verhaftet werden. Er gestand die Tat kurz nach seiner Verhaftung ein. Nach seinem Geständnis und den Erhebungen am Tatort muß sich das Abschneiden der Frau im Verlaufe eines verzweifelten Kampfes, den sie gegen den Eindringling führte, vollzogen haben. Das Gesandnis, das sich über die Mordtat ergibt, ist ungefähr folgendes: Popisil vermutete, daß die Frau Gansel, die als eine vermögende Frau galt, einen größeren Geldbetrag zu Hause habe. Er begab sich

am Freitag in den Abendstunden in das Wirtshaus, um die Lage der Lokale entsprechend auszufundieren. Die Frau Gansel gab ihm das verlangte Glas Bier, von dem er trank, worauf er sich durch die Hintertür des Hauses in den Hof begab. Dabei hob er die Tür aus den Angeln, und zwar zu dem Zweck, sich nachher einen leichten Eingang in das Haus verschaffen zu können. Als alle Gäste weg waren und er glaubte, nun ruhig an seine Arbeit gehen zu können, machte er sich ans Werk. Er drang in das Haus ein, öffnete die Tür zum Gastzimmer und wollte stehlen. Er hatte es auf einen größeren Geldbetrag abgesehen, sich aber für jeden Fall eine starke Jauntlatte mitgenommen, um bei einer eventuellen Störung damit zuschlagen zu können. Die Frau, die in einem anderen Zimmer war, muß verdächtige Geräusche gehört haben, denn sie kam plötzlich in den Raum, was für den Eindringling Veranlassung war, mit der Jauntlatte auf sie einzuschlagen. Zum Schluß schnitt er mit einem Messer der Frau den Hals durch. Er erbeutete nur 16 K.

Raubmordversuch zweier jugendlicher Arbeitsloser an der Prager Peripherie.

Prag, 1. Juni. Gestern abend ereignete sich in der Prager Vorstadt Jachböhlich ein Raubmordversuch. In der Kantine der 53jährigen Sorm lagen zwei Nachmittags zwei Arbeitslose, der 21jährige Johann Hora aus Petrowitz bei Benešau und der ebenfalls 21jährige Franz Cerny aus Rastherode bei Benešau. Da sie sich fortwährend lästern unterhielten, fielen sie der Kantinebesitzerin auf, so daß sie ihren Bekannten, den 57jährigen Dominik Prácha er suchte, bei ihr zu bleiben. Als die letzten Gäste die Kantine verlassen hatten, ging Prácha in den Hof hinter der Hütte. Cerny folgte ihm und schlug ihm mit einer Hacke den Schädel ein. Dann kehrte er in die Kantine zurück und versuchte, mit einer Flasche die Sorm niederzuschlagen. Sie rief um Hilfe, so daß sie ein Fabrikant, der nebenan wohnt, hörte. Cerny ergriß die Flucht und konnte im Dunkeln verschwinden. Hora wurde in der Gaststube von

Leuten, die auf die Hilferufe der Sorm herbeigeeilt waren, gefunden. Er gab sofort zu, daß sein Schulkamerad Cerny die zwei alten Leute habe töten wollen, um die Kasse zu plündern, Prácha wurde schwer verletzt hinter der Hütte gefunden. Cerny wurde noch in der Nacht in der Wohnung seiner verheirateten Schwester in Hofstmal verhaftet. Er gestand sofort Mord und den Mordversuch und gab an, er sei überrascht, daß man ihn so schnell gefunden habe, da er angenommen habe, daß die Gendarmerie nicht wissen werde, daß er in Hofstmal Verwandte habe. Als Motiv seiner Tat gab er an, daß er seit Wochen in Prag Arbeit gesucht und kein Geld gehabt habe. Ursprünglich habe er Hora zu überreden versucht, den alten Mann auf sich zu nehmen, doch habe es Hora nicht gewagt. Hora und Cerny wurden im Laufe des heutigen Tages nach Panitzsch in Untersuchungshaft eingeliefert. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus nach Prag gebracht. Die Verletzungen Frau Sorms sind leicht, so daß sie bereits in häusliche Pflege entlassen werden konnte. Prácha hat schwere Schädelverletzungen davongetragen und ist ständig bewußlos.

steuert. Das Flugzeug verließ sáhrplanmäßig um 8.35 Uhr den Karlsbader Flugplatz und erreichte Prag um 9.30 Uhr. Der Rückflug von Prag erfolgte um 16.20, die Landung in Karlsbad um 17.15 Uhr. Durch diese direkte Flugverbindung mit Prag hat Karlsbad nunmehr direkten Anschluß an die internationalen Luftlinien, welche über den Zentralflugbasen Prag führen, gefunden. Der Preis für einen Flug Prag-Karlsbad beträgt 160 K, bei Buchung einer Rückflugkarte wird eine 10prozentige Ermäßigung gewährt.

Hungernde plündern. Mittwoch vormittag drangen etwa 20 Männer in die Konsumanstalt Wohlfahrt in der Jechenstraße in Essen-Schönbeck ein und entwendeten Fleisch, Speck, Schinken und Wurst. Kurz darauf zog ein Trupp junger Burschen durch die Langenhorsterstraße in Essen-Altneuesen und plünderte dort nachher in der Konsumanstalt der Köln-Neuesener Bergwerksgesellschaft, die Konsumanstalt „Eintracht“ und das Verkaufslokal der Firma Kemmler. Mehrere Plünderer wurden festgenommen.

Vorsicht im Haushalt! Das unvorsichtige Hantieren mit Spiritus hat in Jnaim zu einem schweren Sprengschlag geführt, der leider ein Menschenleben gefordert hat. Am 31. Mai, gegen 20 Uhr, war die 37jährige Frau Marie Raz, Gattin des Inhabers des Delikatessengeschäfts Maurice Raz, Mutter zweier Knaben, in der Küche beschäftigt, auf einem Rundbrenner ein Essen aufzuwärmen. Die Frau wollte noch Spiritus aus einer Kanne nachgießen und dürfte dabei mit der Blechkanne zu nahe an die Flamme geraten sein, so daß die Blechkanne explodierte. Die Frau war sofort in Flammen gehüllt. Trotzdem hatte sie noch die Geistesgegenwart, in der Nähe befindliche Betten wegzuräumen. Dann lief sie, schon listerlos brennend, gefolgt von dem Dienstmädchen, der Ausrückerin und dem älteren Sohn, vom ersten Stockwerk auf die Straße. Zahlreiche Nachbarn und Bewohner in der nächsten Gasse eilten sofort zu Hilfe, rissen der Frau die brennenden Kleider vom Leibe und lachten die Flammen mit Decken zu ersticken. Die Frau ist am 1. Juni im Krankenhaus gestorben.

Gefahr einer neuerlichen Butterenteuerung. Für den Monat Juni wurde, wie das „Právo Lidu“ berichtet, vorläufig keine Einfuhr ausländischer Butter bewilligt, weil man infolge der ausgiebigen Regen, welche das Wachstum der Futtermittel fördern, eine härtere heimische Butterproduktion erwartet. Es besteht aber die Befürchtung, daß mindestens ein vorübergehender Mangel an Butter entsteht, weil die erhöhte inländische Butterproduktion bestenfalls in zwei bis drei Wochen auf dem Markt erscheinen kann und die Ende Mai bewilligte Einfuhr von 13 Waggons ausländischer Butter rasch verbraucht werden wird. Die Versuche, Bauernbutter für die Konsumzentren zu besorgen, haben mit einem Mißerfolg geendet, weil diese Butter etwa 20 Prozent Wasser enthält und nur 3 bis 4 Tage aushält. Es wird nichts anderes

Arbeiterbuben! Arbeitermädels!



KOMM ZU DEN ROTEN FALKEN

Gründet in allen Orten Zellengruppen. Koalition durch das Reichssekretariat der Kinderfreunde. Bodenbach, Poststraße 813.

wurde eine große Menge von Militärgeschossen und Schießpulver aufgefunden. Ein Militärgewehr konnte jedoch nicht aufgefunden werden.

Der Jglauer Aufsehermord vor Gericht. Der Prozeß gegen die Jglauer Würger des Aufsehers Josef Soumas, der am 8. November v. J. von den Sträflingen Franz Braber, Leopold Paschel, Josef Hajek, Franz Koudelka und Herbert Anders getötet worden war, wird vor dem Jglauer Schwurgericht Donnerstag, den 3. Juni unter Vorsitz des Gerichtsrates Dr. Ruffl beginnen.

Blutige Arbeitslosenversammlung. In Neusalz an der Oder versuchten Mittwoch abend Anhänger der KPD eine Arbeitslosenversammlung zu stören, die von Kommunisten und Nationalsozialisten besucht war. Als es zwischen den politischen Gegnern zu Tätlichkeiten zu kommen drohte, wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst. Auf der Straße wurden dann die Nationalsozialisten von den Kommunisten erneut angegriffen. Ein Nationalsozialist erhielt eine Stichwunde am Kopf, vier andere wurden nicht unerheblich verletzt. Der Messerstecher und vier weitere Kommunisten wurden verhaftet.

Die Schwester Schipos verunglückt. In Liden bei Kom stieß ein Personenkraftwagen so heftig gegen ein anderes Personenkraftwagen, daß dieses vollkommen zertrümmert wurde. Sein Lenker wurde tödlich verwundet. Von den Insassen wurde die Schwester des bekannten Lenkers Tito Schipo schwer, ihre beiden Kinder leichter verwundet. Auch der Lenker des anderen Kraftwagens wurde schwer verwundet.

Laufzug gegen Autobus. Donnerstag stieß ein ungeschützter Bahnübergang der Eisenbahnstrecke, welche die Grube Ragnau mit dem Bahnhof Tubi bei Kladno verbindet, ein Laufzug mit einem Autobus zusammen. Der Autobus wurde von dem Zuge entzweiigert. Bei dem Zusammenstoß wurden zwölf Personen verletzt, davon elf leicht und eine Frau schwer.

Londres' Ende. Donnerstag früh sind in Marseille mit dem Dampfer „General Boyron“ über dreihundert Getreide des „Georges Billipar“ eingetroffen. U. a. auch der Kapitän Biégue. Der Kapitän des Unglücksdampfers behielt sich vor, bei der Direktion der Verkehrs-Gesellschaft und beim Untersuchungsrichter eine detaillierte Erklärung abzugeben. Zu Journalisten erklärte er, daß an Bord des brennenden Dampfers nicht eine einzige lebende Person blieb. Der Kapitän hat als letzter den Dampfer verlassen. Einer der Offiziere des Dampfers erklärte auf eine Anfrage über den Tod des Schriftstellers Albert Londres, er habe ihn um Hilfe rufen gehört. Londres habe sich in den kritischen Augenblicken aus einer Schiffsstube herangebeugt. Der Offizier warf ihm einen Schlauch zu und ging dann Kinder und Frauen retten. Man nimmt an, daß Londres ertrank oder verbrannte, da kurz darauf der Teil des Dampfers, wo die Kabine Londres sich befand, von den Flammen erfasst wurde.

Vom Rotortzug getötet. Aus Rattenberg wird gemeldet: Am 31. Mai wurde auf dem Rotortzug in Rákov von einem Rotortzug der ehemalige Pächter eines Gasthauses in Rákov, Josef Dusek, getötet. Er war verheiratet und hinterließ drei unbetennte Kinder. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch. Der Tod ist sofort festgestellt.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:
Prag: 6.15 Genußzeit, 11.00 Schallplatten, 12.30 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung; Reich: Erhebung zur Volksgemeinschaft, 19.45 „Das Glück des Cremlin“, Oper von Mailart, 20.30 Schallplatten. - Wien: 14.30 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung; Prof. Dr. Treimer: Durch vulkanische Tätigkeit verursachte Naturkatastrophen. - Berlin: 18.15 Chorgesänge, 21.10 Franz Schubert. - Breslau: 21.00 Amerikanische Konzerte. - Königsberg: 19.40 Mozart-Konzert. - Leipzig: 19.30 Volksmusik, 20.15 Sinfoniekonzert. - Ráden: 20.30 „Frühling Sokrates“, Singspiel. - Wien: 19.40 Schwedische Volksmusik, 20.30 Sinfoniekonzert.

Die Unzufriedene
Das Wochenblatt der Frau
 kostet nur 60 Heller
 Redaktion und Verwaltung:
Prag II., Nekazanka 18.

Der Schak in der Lagune.

Von Victor Helling.

„In Venedig habe ich ein sehr unangenehmes Abenteuer gehabt“, sagte Derk Remy. „Ich hatte mir gegen fünf Uhr eine Gondel am Molo gemietet — an dem Landungsplatz an der Piazzetta. Der Gondelier war ein Mann in den besten Jahren. Er versprach, mich auf einem kleinen Umweg nach San Nicoletto zu fahren. Den Umweg mußte er machen, weil er in San Servolo seinen Hund abholen wollte. So fuhren wir ab. Die Gondel schwebte gut gerudert dahin, vorbei an den Gärten von San Clemente, wo die weiblichen Herren ihrer Heilung entgegenwarten, und dann in Richtung auf San Giorgio Maggiore mit seinem bunten Wappenstein, auf dem noch die letzte Sonne lag.“

„Es ist ein Spitz, wissen Sie“, sagte mir der alte Tonio. „Noch nie ist er mir davonlaufen. Aber gestern hatte ich in San Servolo zu tun, da kam er mir abhanden. Ich finde ihn heute bestimmt.“

So legten wir an. Tonio stieß die Ruderstange in den Grund. Es war genau um sechs Uhr. Melancholisch jitterten die Glockentöne von den alten Türmen der Dogenstadt über's Wasser.

Ich war allein im Boot und sah den Wellen zu, die den flachen Sand überriefelten, der grün von schütterem Strandgras vor mir lag.

Ein Geräusch ließ mich auffahren. Hinter einem Strauch war eine Gestalt hervorgehüpft — ein Mann in eigenartiger Kleidung, ohne Hut, ziemlich blaß und mit felsam glänzenden Augen. Das Haar baumte sich unbandig aus der Stirn aufwärts.

„Pst, pst!“ rief er. „Es klang wie ein Rischen. Und dann war er auch schon mit einem schnellen Satz bei mir im Boot.“

Ohne auf meinen abwehrenden Zuruf zu achten, riß er Tonios Ruderstange aus dem Schlamm, und ehe ich es hätte verhindern können, war er auch schon abgehoben.

„Was soll das?“ fuhr ich auf. „Sind Sie des Teufels?“

Er murmelte etwas, das ich nicht verstand, und schon handhabte er das Ruder mit einer Geschwindigkeit, daß sich im Nu der Raum zwischen uns und der Insel vergrößerte. Seine Augen blitzten mich in felsamer Starre an.

„Schnell! Es eilt! Rühren Sie sich nicht vom Fleck!“ verstand ich ihn plötzlich. Dabei rigte er ein tadelloses Gebiß. Ich sah jetzt so recht, daß ich es mit einem wahrhaft arbeitsmäßig gebauten Menschen zu tun hatte.

Sie wissen, ich bin alles andere als ein Gigant. Ich mußte mich aufs Parlamentieren legen. Vor allem mußte ich herausbekommen, was der Mann, der sich so unehrlich zum Herrn meines Bootes gemacht hatte, eigentlich im Schilde führte.

„Zum Teufel! Nun erklären Sie mir endlich, was dieser Spuk bedeuten soll. Was haben Sie in dieser Gondel zu schaffen?“

Er schwieg. Schon mehr als ein Kilometer lag zwischen uns und San Servolo. Der Unheimliche ruderte immer noch so häßig wie zuvor — bis er ganz unermittelt die Stange hochriß und sagte: „Es hat keinen Zweck, daß ich mich Ihnen förmlich vorstelle, Signore. Dazu eilt unser Geschäft zu sehr. Ich beglückwünsche mich indessen, daß Sie mir vom Himmel als Werkzeug zu diesem Geschäft geschildert sind.“

„Zu welchem Geschäft?“ fragte ich über-tascht.

„Zur Hebung der Kronjuwelen des Fürsten von Biacenza!“

Ich glaubte, nicht recht gehört zu haben.

Er nickte mir, während er das Ruder vollends in die Gondel zog, mit einem vertraulichen Blick zu: „Wir sind an Ort und Stelle. Ich kenne mich hier aus. In der Tiefe dieser Lagune liegt der Schak.“

„Was soll der Unsinn?“

„Man verfolgt mich, weil man weiß, daß ich die Stelle dieses Schakes kenne. Nun wartete ich auf einen günstigen Moment. Wir werden den Schak sofort heben.“

In den Augen des Menschen, der mir teil für die Zwangsjacke schien, stand ein unheimliches Gleichen. Es ist wohl verständlich, daß ich Ausschau nach einem Boot hielt. Aber nirgends war eine Gondel zu sehen. Dabei sank die Dämmerung sehr schnell.

„Sofort! Verstehen Sie? Machen Sie sich fertig! Sie springen über Bord!“

„Ich? Ich — über Bord springen?“

„Keine Sekunde Hebelzeitung! Der Preis ist köstlich. Sie tauchen unter und bringen die Juwelen heraus.“

Ich muß sagen, es überließ mich kalt. Ich war mir ein guter Schwimmer. Eine Trennung von der Gondel war für mich gleichbedeutend mit dem Tod in den Wellen. Ich war längst nicht mehr im Zweifel, daß ich es mit einem Wahr-

sinnigen zu tun hatte. Blisthinnell überlegte ich. Die alte Regel fiel mir ein, daß man auf die Dirngespinnste eines Verrückten nur zum Schein eingehen müsse.

„Tauchen — bei dieser Beleuchtung? Natürlich — das kann man. Aber besser ist, wir warten ab. Der Mond muß erst aufgehen.“

„Wir dürfen nicht warten! Der Mond hat auch gar nichts zu sagen. Im Gegenteil. Es kommt nur auf schnelles Tauchen an.“

„Das ist richtig, mein Herr, aber ich bin nicht das Werkzeug, das Sie suchen. Der Mann, der Ihren Schak heben will, wartet da drüben auf Sie.“ Ich wies nach San Angelo hinüber.

„Welcher Mann?“ Seine Augen flackerten. „Dann schob er sich näher auf mich zu. „Sie und kein anderer!“

„Richtig, Gewiß. Nur sagen Sie, wäre es nicht besser — ja gewiß! — wenn Sie selbst tauchen wollten? Das versprache den sichersten Erfolg.“

„Nein, nein. Ich neige zu Schüttelkrampf. Ich brauche gerade Sie!“ Wie böseartig jetzt kein Bild war! „Sind Sie fertig? Wollen Sie nun jetzt tauchen — oder wollen Sie mich zwingen?“

„Ich zwingen Sie zu nichts! Zu gar nichts!“

„Um so besser! Sonst — Sein Atem berührte mich. Er rühte mir auf den Leib. „Los doch nun!“

In meiner Angst zog ich den Rock aus. Ich legte ihn auf den Boden und suchte dabei das Ruder zu packen. Es schien mir keinen anderen Ausweg zu geben als — er oder ich.

„Aber die Stange kitzelt. Abnte er, was ich vorhatte? Auf einmal fühlte ich seine Hände an meiner Kehle. Er hob mich. Das Boot schwankte —

„Auf!“ brüllte ich heiser. „Auf!“

Die Hände loderten sich. „Springen Sie!“

„Sofort!“ stöhnte ich. Und ich war, in der Tat, nur um der Nähe des Unheimlichen zu ent-

rinnen, drauf und dran, über Bord zu springen. Da — im letzten Augenblick, riß er mich zurück. Er zog mich förmlich wieder in die Gondel hinein und stützte: „Keinen Laut jetzt! ... Wir dürfen keine Zeugen haben!“

Dastig griff er zum Ruder. Ich verstand noch nicht das Wunder, das mich gerettet haben sollte. Im nächsten Augenblick hätte ich laut aufschreien mögen: In unserem Kielwasser tauchte ein Boot auf.

Wie durch einen Schleier sah ich, was sich nun blisthinnell abspielte. Das Rettungsboot — ich durfte es wohl im besten Sinne als solches bezeichnen — legte mit kräftigen Riemenszügen an unsere Gondel an. Eine Ket Kasse wurde über den Kopf des Säulen geschleudert. Mit einem Klagegeschrei judete er zusammen. Dann seilten sie ihn. — Es waren meine Befreier. Hilfe in höchster Not! Als ich vollends zu mir kam, bestärkte mich Tonio, der samt seinem Spitz auf dem Rettungsboot in Begleitung dreier handfester Männer stand, was ich geahnt hatte. Ich hatte mich in der Gewalt eines Geisteskranken befunden, der aus der Anstalt von San Servolo, wo die männlichen Irren interniert sind, entwichen war.

Die Wächter brachten ihn zurück. Man beglückwünschte mich. Und ich konnte mir auch gratulieren. Ich läge, wenn Tonio nicht die Anwesenheit hinter seinem Boot her alarmiert hätte, wahrscheinlich heute dort unten, wo Signor Manzi-Te — so hieß der Irre — den Kronschak des Fürsten von Biacenza vermutete.

„Bis auf die weiße Haarfähne“, so schloß Derk Remy und verneigte sich leicht vor seinen Zuhörern. „Ist mir äußerlich keine Erinnerung an jenes Abenteuer zurückgeblieben. Wenn Eure Erzählung und die jüngeren Herren kein Aufbedens von der Geschichte machen, bin ich Ihnen dankbar.“

Chroloje Berufe.

Aus der Kulturgeschichte des finsternen Mittelalters.

Die mittelalterliche Gesellschaft hat einer ganzen Reihe von Berufen die sogenannte „Ehre“ abgesprochen. Angehörige dieser Berufe galten für nicht würdig, daß man mit ihnen nur ein Wort wechselte. Es können hier nur einige der am meisten verachteten Berufe betrachtet werden. Am schlechtesten wurden natürlich die Scharfrichter behandelt. Für die Henker konnte man kein Erbarmen. Wenn nicht sogenannte Freibrüder oder gar landesherrliche Privilegien sie in Schutz genommen hätten, würden die Freimänner, Fronboten, Kavaller, Meister, Hammerle oder wie sonst noch man die Scharfrichter betitelte, kaum ihres Lebens sicher gewesen sein. Die grenzenlose Verachtung, die man weit über das Mittelmeer hinaus ihnen entgegenbrachte, ging so weit, daß jedem auch zufällige Berührung eines Henkers, die Ehrenlosmachung der eigenen Person nach sich zog. Im Schleswig-Holsteinischen soll sich eine in ein Hochwasser gestürzte Frau aus diesem Grunde geweigert haben, einem Henkersknechte, der sie retten wollte, die Hand zu reichen. Sie erkrankte lieber, als daß sie sich von dem Verachteten hätte berühren lassen. In den Kirchen, in denen den Scharfrichtern der Besuch erlaubt war, befanden sich ihre Plätze fernab von den übrigen Andächtigen. Oeffentliche Versammlungsorte wie Wirtshäuser usw. durften sie im allgemeinen nicht betreten. In Hamburg verhielt man sich dem Dürstgefühl der Freimänner gegenüber etwas entgegenkommender als in anderen Städten. Dort war es ihnen gestattet, gewisse Kneipstuben zu besuchen. Freilich auch nicht so ohne weiteres. Der Henker mußte jedesmal zwischen der Türe stehen bleiben, seinen Hut abziehen und seinen Beruf bekanntgeben. Erst wenn dann niemand Einspruch gegen seinen Eintritt erhob, konnte er die Schwelle überschreiten und bei einem Tisch, wo sonst niemand saß, Platz nehmen. Und selbst der Tod änderte nichts an der Behandlung des Scharfrichters. Starb einer, so kümmerte sich keine ehrliche Christenseele um sein Begräbnis. Hatte der Verstorbene keine Familie, die der Beerdigung in demselben Maße wie ihr Oberhaupt ausgehört war, und welche die Bestattung hätte vornehmen können, so schleppte einfach der Abdecker, der ihm während des Lebens am nächsten stand, seine Leiche zu einem abgelegenen stillen Plätzchen, um sie dort lang- und langsam zu verscharrten. Dem Abdecker oder Schinder wurde in ähnlicher Weise begegnet. Sein antichristliches Gewerbe war auch nicht selten mit dem des Nachrichters verbunden. Aber auch dort wo dies nicht der Fall war, hätte man den Abdecker selten höher als den Henker ein. Auch die Moalenreinigung zählte in vielen Städten zu seinen Verrichtungen, was zur Erhöhung seines Ansehens ebenfalls nicht beitrug. Besonders bedauerenswert war aber die Nachkommenschaft der Wassenmeister und ihrer Knechte, denn sie wurde wie jene der Scharfrichter von jedermann gemieden. Ein Kind derart verachteter Menschen konnte fast nie einen anderen Beruf als den des Vaters ergreifen, da sich jeder Junge oder Junge weigerte, es als Verhüllung anzunehmen. Den Mädchen stand es nur offen, einen Henker oder einen Abdecker zu heiraten. Erst ein kaiserliches Patent aus dem Jahre 1772 brachte für die Scharfrichter- und Abdeckerkinder infolgedessen eine Entschuldig, als es anordnete: „Kinder von Abdeckern, welche die verwerfliche Arbeit ihres Vaters noch nicht getrieben haben, noch treiben wollen, dürfen von der Erlernung eines ehrlichen Handwerkes nicht ausgeschlossen bleiben.“ Eine ebenfalls chroloje und mißachtete Stellung nahmen die Müller ein. Der Grund hierzu mochte wohl von der großen Verachtung

herstammen, die durch die Art und Weise ihres Gewerbebetriebes begründet wurde, und der auch in der Tat nicht wenige Müller erliegen sind. Behauptete doch ein alter Volksglaube, auf den Dächern von Mühlen seien selten Storchennester zu finden, weil diese klugen Vögel befürchteten, von den Müllern bestohlen zu werden. Ihr Ruf war zwar nicht so schlecht wie jener der Henker und Schinder, aber doch waren Müllerföhne bereits zur Zeit Karls des Großen von der Bekleidung aller geistlichen Ämter und Würden ausgeschlossen. Auch in den folgenden Jahrhunderten änderten sich die Anschauungen über die Müller nicht wesentlich. In Ulm durfte zum Beispiel noch im 15. Jahrhundert kein Mühlenbesitzer mehrmals drei Schweine halten, weil man annahm, daß er veruntreutes Getreide zum Füttern benützte. Ein hierauf abzielendes Sprichwort lautete: „Müllers Hennen sind die fettesten.“ Als 1577 eine neue Reichspolizeiordnung die Müller im Ansehen ihrer Mitbürger besser zu stellen beabsichtigte, unterließ sie es doch mich Absicht, diese von der althergebrachten, beschämenden Verpflichtung zu befreien, bei Hinrichtungen von Todeben die Galgenleiter bestellen zu müssen. Als Grund gab man an, man müsse die Müller bei jeder sich darbietenden Gelegenheit erinnern, daß auf Diebstahl der Galgen fehe. Die Hamburger, die wie wir gehört haben, selbst für den dürftigen Freimann Verständnis hatten, schlossen sich von der Mißachtung des Müllergewerbes so ziemlich aus. Die Müller hatten sich dort durch eine Reihe von Wohltätigkeitsakten derart in Ansehen zu setzen gewußt, daß sich ihre Kirchenstühle dort sogar mitten unter den der ehrbarsten Personen befanden. Nur die Kunst der Seiler blieb den Müllern gegenüber unangenehm. Als 1688 ein junger Seilermeister eine Müllerstochter zum Traualtar führen wollte, verlagte ihm seine Kunst die erforderliche Bewilligung. Der verliebte Seiler mußte beim Stadtamt Beschwerde führen, der aufseher genug war, zu entscheiden, daß man den Herzenswunsch des Seilers erfüllen müsse. Aus ähnlichen Gründen wie die Müller, hatten auch die Leinweber den Fluch der Chrolojigkeit zu tragen. Ihnen legte man zur Last, entweder das erhaltene Garn zu verfälschen oder die Hausfrauen bei der Ablieferung des Gefpinnstes zu betrügen. Ihr schlechter Ruf tritt uns aus einem alten Volksliede deutlich entgegen, dessen Anfang lautet:

„Der Leinweber schlächtet alle Jahr zwei Schwein“,

das eine ist geschlohen, das andre nicht sein.“

Warum man aber die Tärmer und Spielleute zu den chrolojen Leuten rechnete, ist schwer zu erraten. Erstere wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die Beaufichtigung der Stadttürme nicht selten den Scharfrichtern übertragen war, und weil sie als Hornbläser gewissermaßen als Spielleute betrachtet werden konnten. Diese selbst fanden in Mißkredit hauptsächlich darum, weil sie in den meisten Fällen ohne feste Wohnstätte waren, und das Umherzigeunern bei den Spiehbürgern des Mittelalters im allgemeinen als Schandtat galt. Wie gering man die Ehre eines herumziehenden Musikanten oder Gauklers achtete, geht daraus hervor, daß die Spielleute von jedermann sozusagen ungestraft beleidigt werden konnten. Die einzige Genugtuung, die ihnen zuteil werden konnte, bestand darin, daß man sie vor eine Wand stellte, auf welcher der Schatten des Beleidigers sichtbar war. Diefen durfte der gekränkte Spielmann einen Streich so fest wie er wollte versehen. Das war aber alles was ihm zur Sühne der zugefügten Schmach bewilligte.

H. W.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Konsumgenossenschaften trotz Krise unerschüttert!

Wie erfolgreich die Konsumgenossenschaften der Wirtschaftskrise trogen, legen wir in unserem heutigen Leitartikel dar. Wir bringen nachstehend noch einige Ziffern, die beweisen, wie günstig die Entwicklung unserer Genossenschaften auch nach Abschluß des vorjährigen Berichtes, ist. (Wir entnehmen die nachstehenden Ziffern der Nr. 20 der „Konsumgenossenschaft“ vom 16. Mai 1932):

Der durchschnittliche Vierteljahrsumsatz der großen Konsumgenossenschaften des Verbundes weist folgende Entwicklung auf:

| | Kö |
|------------------------------------|-------------|
| 1927/28 | 117,426,000 |
| 1928/29 | 125,446,000 |
| 1929/30 | 128,008,000 |
| 1930/31 | 124,956,000 |
| 1931/32 (1., 2. u. 3. Vierteljahr) | 125,489,000 |

Die großen Konsumgenossenschaften haben also in den verfloffenen drei Vierteljahre des laufenden Berichtsjahres eine noch um ein geringes höhere Durchschnittsziffer bezüglich des Umsatzes erzielt als im Jahre 1928/29.

Hinsichtlich der durchschnittlichen Vierteljahrsumsätze des G. C. C. Verbundes verläuft die Entwicklung folgendermaßen:

| | Kö |
|------------------------------------|------------|
| 1927/28 | 72,170,000 |
| 1928/29 | 75,516,000 |
| 1929/30 | 80,925,000 |
| 1930/31 | 79,604,000 |
| 1931/32 (1., 2. u. 3. Vierteljahr) | 79,944,000 |

So wie bei den großen Konsumgenossenschaften, verzeichnet der Vierteljahrsdurchschnitt des G. C. C. Verbundes im laufenden Berichtsjahr eine Steigerung sowohl gegenüber dem Vorjahre als auch gegenüber dem Berichtsjahre 1928/29.

Besonders kräftig hat sich die Eigenproduktion des G. C. C. Verbundes in der Krise entwickelt. Hier kann nicht lediglich von einem Halten der Situation gesprochen werden, hier ist mit kräftigen Schritten Boden gewonnen worden. Die vierteljährliche Umsatzentwicklung verläuft wie folgt:

| | Kö |
|------------------------------------|------------|
| 1927/28 | 10,068,000 |
| 1928/29 | 12,798,000 |
| 1929/30 | 14,013,000 |
| 1930/31 | 14,064,000 |
| 1931/32 (1., 2. u. 3. Vierteljahr) | 14,542,000 |

Diese Ziffern sprechen für sich. Sie legen in ihrer andauernden Steigerung inmitten der Wirtschaftskrise Zeugnis ab für die gesunden Grundlagen genossenschaftlicher Produktion überhaupt sowie für die Tauglichkeit, zufolge der zugrundeliegenden Wirtschaftspolitik, den Erschütterungen der Krise standzuhalten.

Kleine Chronik

Der Spazmacher der Zigarrenfabrik.

In jeder der großen Zigarrenfabriken in Havanna, der Hauptstadt der Tabakinsel Kuba, gibt es einen Angestellten, dessen einzige Beschäftigung darin besteht, in den Arbeitsstätten zu singen und Waise zu machen.

Es ist der Burlador, der Spazvogel der Fabrik, der die Arbeiter bei dem grauenvoll einseitigen Zigarrenrollen in der tropischen Stidluft des Tabakstaubes aufzubehalten hat. Er liest am Morgen zuerst die Zeitungsmengeln vor, Holt dann der Banjo, das Lieblingsinstrument der Reges, vom Rücken und läßt sich das gewünschte Programm bekanntgeben. Der ganze Saal ertönt durcheinander: Una romance, una salira, cantilena oder einen von den Schlogern, der gerade in den Singpiehallen von Havanna populär ist. Dann singt der Burlador keine Poesie, die Arbeiterinnen und Arbeiter rollen ihre Tabakblätter zusammen und singen mit, bis der Burlador in den nächsten Arbeitsaal geht und dort sein Programm von neuem beginnt. Aber er ist nicht nur Sänger, sondern muß auch die Agudezas und ancedotas erzählen, das sind die kleinen usigen Geschichten, die bei den kubanischen Spätern und Kreolen besonders beliebt sind. An die Erzählungsgabe und den Witz eines Burladors werden keineswegs geringe Ansprüche gestellt und ein guter Witzbold ist daher auch der Liebling aller Arbeiter seiner Fabrik, denn seine Spässe helfen ihnen über die lähmende Müdigkeit hinweg, die vor allem in der Glühhitze der Nachmittagsstunden das mechanische Wiedern der braunen Blätter zur Qual macht.

Vieler Brauch besteht in den Zigarrenfabriken Kubas schon seit Jahrzehnten und wurde aus der Zeit der Regereklärei übernommen. Damals beurlaubten die schwarzen Sklaven den dumpfen Jammern ihres Frondienstes mit ihren afrikanischen Gesängen, heute wird der Burlador von der Fabrik dafür bezahlt, daß er die Akkordleistungen der Arbeiter steigert, die an einem Tag mehr als hundert der großen Zigarren fertigstellen. Er verdient sein Brot jedenfalls ebenso schwer wie die schlecht bezahlten Zigarrenwickler, denn acht Stunden lang singen, lustig zu sein und todmüde Menschen zum Lachen zu bringen, ist keine Kleinigkeit und kaum einer von den reichen Kubanern, die nach einem üppigen Essen ihre Upmann oder Deuts Klav geziehen, hat eine Ahnung, daß zu seiner braungrünen Havanna auch der kubanische Burlador sein wichtig Teil beizutragen hat.

Vo. Ja.

